

Sächsischer Staatsanzeiger

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen

Er erscheint wöchentlich nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.
Besonders: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 5 R. monatlich, Einzelne Nr. 20 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21 296, Schriftleitung Nr. 14 674.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.



Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Anzeigen-
teile 2 R., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 4 R.,
unter Eingehalt 5 R. — Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Sanitäts-Beilage, Synodal-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturrentenanstalt, Jahresbericht und Rechnungsabschluß der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplanzen auf den Staatsforstrevieren.
Beauftragt mit der Oberleitung (und präsidialer Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 173

Donnerstag, 28. Juli

1921

Die Zusammenkunft des Obersten Rates.

London, 26. Juli. Neuter meldet amtlich: Der Oberste Rat tritt am 4. August in Paris zusammen. Curzon und Balfour vertreten England auf der Konferenz. Lloyd George wird wahrscheinlich nicht zugegen sein.

Zusammentritt der Sachverständigenkommission.

Paris, 26. Juli. Havas teilt mit: Entsprechend dem jezt von Frankreich, England und Italien angenommenen Verfahren wird die Sachverständigenkommission, welche die ober-schlesische Frage vor dem Zusammentritt des Obersten Rates prüfen soll, am Donnerstag in Paris zusammentreten.

Die griechisch-türkischen Kämpfe.

Athen, 26. Juli. Nach amtlichen Berichten haben griechische Patrouillen ein Dampfer der Kemalisten, der mit Soldaten beladen war, angehalten und große Mengen russischen Goldes und türkischen Papiergeldes dabei erbeutet. Nach dem Heeresberichte vom 23. Juli werden die ungleichen Verluste des Feindes während der letzten zehn Tage bedächtig. Der Feind verlor mehr als drei Viertel seines Geschützmaterials und seiner Mannschaften. Die griechischen Truppen des Nord- und Südschleifens haben sich vereinigt und bilden eine einzige Front. Die Front des Feindes dagegen ist gebrochen. Seine Truppen in Angora sind von denen in Romia getrennt.

Paris, 26. Juli. „Liberte“ veröffentlicht ein Ergänzungsgramm aus Konstantinopel, wonach die kemalistische Regierung ihren Sitz ebenso wie den der Nationalversammlung nach Sywas verlegt hat.

Der Führer der Handelsdelegation von Aserbeidschan erschossen.

London, 26. Juli. Wie das Reutersche Bureau meldet, ist der Führer der kürzlich in London eingetroffenen Handelsdelegation von Aserbeidschan, der ehemalige Minister Behbud-Djewarshi beim Verlassen eines Theaters erschossen worden. Der Täter wurde verhaftet.

Abbruch der Verhandlungen in der Zonenfrage.

Wern, 27. Juli. Die Verhandlungen in der Zonenfrage sind heute zum Abbruch gelangt. In letzter Stunde traf von Paris eine Ermächtigung an die französischen Delegierten ein, ihre Zustimmung zu der vom Bundesrat beantragten Klausel betreffend schiedsgerichtliche Erledigung der aus dem Abkommen sich ergebenden Streitigkeiten zu geben. Über alle Punkte des Abkommens ist volle Einigung erzielt worden.

Die Abrüstungskonferenz.

London, 27. Juli. Neuter erzählt von maßgebender japanischer Seite: In Japan herrscht allgemein die Auffassung, daß die Einladung an Japan zur Teilnahme an der pazifistischen Konferenz angesichts der Tatsache, daß weder Mexiko noch Holland eingeladen worden seien, darauf hindeuten scheine, daß Japan gewissermaßen im Hinblick auf die China betreffenden Fragen vor ein Gericht gestellt werden soll. Japan erhebe keinen Einwand gegen die Konferenz, vorausgesetzt, daß sämtliche mit der pazifistischen Konferenz zusammenhängenden Fragen erledigt würden. Japan könne nicht nach Washington gehen, um lediglich über China und Japan zu sprechen. An der Abrüstungskonferenz sei Japan bereit, ohne Vorbehalt teilzunehmen.

London, 27. Juli. In der Sitzung der Premierminister der Dominions am Vormittag wurde wiederum die Washingtoner Konferenz erweitert. Außer Lloyd George waren noch andere Kabinetmitglieder zugegen. — Den Blättern zufolge beabsichtigt General Smuts, am Freitag die Heimreise nach Südafrika anzutreten.

Internationale evangelisch-lutherische Konferenz in Greiz.

Greiz, 27. Juli. In der nächsten Woche findet hier eine internationale evangelisch-lutherische Konferenz statt, zu der gegen 600 Geistliche des In- und Auslandes erwartet werden.

Die Lösung der ober-schlesischen Frage.

Französisch-englisches Einverständnis.

London, 26. Juli. Wie Neuter erfährt, haben die britische und die französische Regierung nunmehr ein Einverständnis über die Fragen grundsätzlicher Bedeutung erreicht, die mit Oberschlesien zusammenhängen. Wie bereits mitgeteilt, hat die französische Regierung sich damit einverstanden erklärt, daß der Oberste Rat am 4. August zusammentritt. Die britische Regierung hat den Vorschlag angenommen, vorher eine Sachverständigenkonferenz abzuhalten und hat, um den Wünschen Belgiens entgegenzukommen, ihre Zustimmung erklärt, daß die Konferenz des Obersten Rates in Paris stattfindet. Die britischen Sachverständigen sind heute abend nach Paris abgereist. Eine Reise der Sachverständigen nach Oberschlesien wird nicht in Erwägung gezogen. Als Ergebnis der Auseinandersetzung zwischen den Regierungen ist eine viel bessere Atmosphäre geschaffen worden.

Der Sachverständigenauschuss.

Paris, 26. Juli. Der Sachverständigenauschuss ist nunmehr gebildet. Die französische Regierung hat in diesen Ausschuss den Ministerdirektor Paroche, den Sekretär der Dolmetscherkonferenz Rossignol, den Justiziar am Quai d'Orsay Fromageot und als besonderen Kenner der ober-schlesischen Frage den Ingenieur Bôris de Gré-erannat. Die italienische Regierung hat den Seanditen Corbasso, der sich zurzeit bei der Pariser Botschaft befindet und nach Südamerika gehen soll, sowie den Richter Gotti ernannt. Ein dritter italienischer Sachverständiger wird noch bestimmt werden.

Keine Dreiteilung Oberschlesiens.

London, 27. Juli. Die englischen Sachverständigen Hurst, Ruston und Waterlow teilen sofort nach Oberschlesien ab. Der erste ist juristischer Beirat im Auswärtigen Amt, der zweite Chef der Abteilung Mitteldeutschland. Waterlow leitet die Unterabteilung Deutschland. Die beiden letzten sind seit langem mit der ober-schlesischen Frage vertraut. Angesichts der Nähe der Entscheidung entfaltet die Frage der Truppenentsendung, wobei man in London die deutsch-französischen Meinungsverschiedenheiten auf sich beruhen läßt, da die Frage des Durchmarsches durch Deutschland voreerst als unaktuell betrachtet wird. Aus dem Grunde wird auch der Vorschlag Stuaris und des italienischen Vertreters in der interalliierten Kommission, die Polizei in den unbefreiten Gebieten an Polen und Deutschland zu übertragen, nunmehr als unzulässig fallen gelassen.

London, 27. Juli. Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Chronicle“ schreibt: Wenn die französische Regierung vor dem Zusammentritt des Obersten Rates neue Truppen nach Oberschlesien entsenden sollte, so würde das die

Die Pressefreiheit im besetzten Gebiet.

Frankfurt, 27. Juli. Nachdem erst kürzlich wieder die Vorgänge in Düsseldorf die französische Behauptung, im besetzten Gebiete herrsche Pressefreiheit, Lügen strafte, werden neuerdings aus dem Bereiche der zivilen Rheinlandkommission Unterdrückungen der deutschen Presse gemeldet. Trotz aller gegenteiligen Versicherungen der interalliierten Rheinlandkommission wird noch wie vor an verschiedenen Orten eine Zensur ausübt. So müssen die Weichbinder Zeitungen vor ihrem Erscheinen der französischen Kommandobehörde Abzüge zur Zensur übersenden. Auch in Düren unterliegen die Zeitungen bis vor einigen Tagen einer Zensur. Es muß festgestellt werden, daß diese ungeheure Mißachtung der Pressefreiheit nur im französisch besetzten Gebiet zu beobachten ist.

Die Hungersnot in Rußland.

Riga, 26. Juli. Nach Briefen, welche die „Rapala Rundschau“ aus Moskau erhielt, wütel

Pariser Beratungen hüten. Deshalb hoffe man in London, daß ein solcher Schritt unterbleibe. Ein in französischen Kreisen umlaufendes Gerücht, wonach die gekürzte englische Edition Stuaris mit einem neuen Vorschlag zusammenhänge, demzufolge die rein deutschen und rein polnischen Gebiete in Oberschlesien den Deutschen und Polen übergeben werden sollten, sei ungenau. Ein solcher Vorschlag sei wohl schon einmal von der britischen und italienischen Regierung gemacht, aber von der französischen Regierung abgelehnt worden. Es würde keinen Zweck haben, solchen Vorschlag jetzt zu erneuern, wo man hoffe, die ganze Frage in der Zusammenkunft des Obersten Rates zu regeln.

Havas bekräftigt.

Paris, 27. Juli. Havas verbreitet eine Mitteilung, worin bekräftigt wird, daß die französische Regierung die Absicht habe, die polnischen Forderungen mit Gewalt durchzusetzen oder auch unter Umständen für den Fall eines Sturzes der Sowjet-Regierung in Rußland einzugreifen. Die darauf bezüglichen Gerüchte hätten in London Glauben gefunden und zum großen Teile den Widerstand der amtlichen englischen Kreise gegen eine Verstärkung der französischen Truppen in Oberschlesien hervorgerufen. Die französische Regierung werde dem britischen Auswärtigen Amt nochmals beweisen, daß jene Versicherungen vollständig unbegründet seien. Die Mitteilung gibt ferner eine Darstellung der französischen Absichten, worin es heißt: Frankreich habe nur eine Sorge, nämlich die Sicherheit seiner Truppen. Es habe nur einen Wunsch, nämlich die möglichst baldige Regelung der ober-schlesischen Frage. Frankreich wolle weiter, daß die Entscheidung endgültig sei. Deshalb wünste es eine Verstärkung der Verbandstruppen. Zur Lösung der ober-schlesischen Frage könne es mehr oder weniger wirksame Mittel geben. So wäre es möglich, an Deutschland und Polen vorerit die von beiden Ländern nicht umstrittenen Gebiete auszuliefern und sämtliche Verbandstruppen in der strittigen Zone zusammenzuziehen. Nur würde von französischer Seite gefordert werden, daß die vorläufige Regelung für die endgültige Teilung in keiner Weise bindend sein dürfe. Man könne auch der deutschen Regierung mitteilen, daß Frankreich, falls Deutschland dem Spruche des Obersten Rates irgendwelche Hindernisse bereiten oder sich zu Angriffen gegen die Truppen in Oberschlesien hinrichten lassen sollte, sich vorbehalten, an Rhein seine Antwort zu geben. Schließlich könne man an die Spitze der Tagesordnung noch die Frage der Sicherheit stellen. Sollten sich die Vertreter der Verbände nicht dann doch noch zur Entscheidung von Verfassungen einfinden, so würden sie in drei bis vier Tagen an Ort und Stelle sein. Diese Zeitspanne würde genügen, um den Obersten Rat seine Entscheidung treffen zu lassen. Weiter allen Umständen sollte, wie Havas hervorhebt, wohl eine Verständigung über den zuletzt erwähnten Punkt zustande kommen.

in Rußland neben dem Hunger auch die Cholera. Es heißt schon offiziell, daß die Bevölkerung sich von Hausmäusen, Schweinen, Schindkröten, Pferde-sauerampfer, Baumrinde und ähnlichem ernährt. In Moskau starben 600 Choleraopfer, 24 000 Choleraerkrankungen sind im Juni registriert worden. Die „Izwestija“ schlägt vor, 100 000 Arbeiter mit ihren Familien in dem reichen Steppengebiet längs der Wolga bis Astrachan und über das Kaspiische Meer bis Baku oder Lenkoran anzusiedeln.

Hungersnöte und Krankheit in den amerikanischen Baumwollbezirken.

London, 27. Juli. Neuter weist auf aus Washington kommende Meldungen hin, wonach weite Gebiete der Baumwollbezirke so gut wie vor der Hungersnot stehen. Gleichzeitig herrscht eine Pellagra-Epidemie, eine Art Lepra. Präsident Harding ersuchte die Gesundheitsbehörden und Vertretungen des roten Kreuzes, sofort eine Untersuchung anzustellen, um Mittel zur Linderung der Not ausfindig zu machen.

Gebt für das Ober-schlesierhilfswerk!

erschütternde Dokumente gegen die Polen in Oberschlesien.

Rachdruck erwünscht.

Das die Polen anklagende Material häuft sich bergend! Nach der Abstimmung haben sich in Oberschlesien Dinge abgespielt, die so jaredlich, so unsagbar grauam sind, daß sie auch eine blühende Phantasie nicht der Wull-andel entsprechend zu schildern vermag. Soeben haben deshalb die deutschen Parteien Oberschlesiens — von der Deutschen Nationalen Volkspartei bis zur Reichstagssozialdemokratie und die drei großen Gewerkschaftsvereinigungen: Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Deutscher Gewerkschaftsverband und Gewerkschaftsliga — eine Denkschrift über den polnischen Rußwand, umföend den Zeitraum vom 1. Mai bis 12. Juni d. J., veröffentlicht, die in objektiver Darstellung das Geschehen in dem bedrohten Landestheil schildert. Die Handeltamner Wroslau hat außerdem in einer überaus beachtenswerten Broschüre, betitelt „Die ober-schlesische Frage und der Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft“, überzeugend dargelegt, daß Oberschlesien unentbehrlich für den Wiederaufbau ist und seine Aufgabe nur erfüllen kann, wenn es bei Deutschland bleibt, wie es die Menschlichkeit, die Gerechtigkeit, der Vertrag von Versailles und die Zukunft Europas erfordern.

Diese Veröffentlichungen geben Bericht, ungeachtet der bereits durch die Tagespresse gelangenen Nachrichten noch einmal darauf hinzuweisen, welche tierische Gewalttätigkeiten und Grausamkeiten die Polen sich während dieses dritten Aufstandes haben zuschulden kommen lassen. Hierüber liegen zwei amtliche Denkschriften vor, die ausschließlich nachgeprüftes Material mit viel erschütternden Photographien enthalten, das geeignet ist, ein Bild von der jedem menschlichen Empfinden höhnpredenden Bestialität der polnischen Injuranten und den namenlosen Leiden der Bevölkerung Oberschlesiens zu geben. Mit Ort, Namen und Zeitangaben belegt, finden wir da amtlich zu Protokoll gegebene Aussagen deutscher Volksgenossen, die von den Injuranten in einer Weise mißhandelt wurden, wie es die schlimmste Inquisition des Mittelalters nicht auszubedenken vermochte. Zergeltung haben die Braun, Blau und blutig Wehlagungen nicht sparen und liegen können. Schwangere Frauen sind von entmenschten polnischen Ketten mißhandelt, junge Mädchen vergewaltigt worden.

In das Knappschaffsazareit Ruda Nord ist, um nur ein Beispiel anzuföhren, ein deutscher Grubenarbeiter eingeliefert worden, der Spuren fürchterlicher Schläge mit Gummiknüppeln und Gewehrkolben aufwies. In seine blutenden Wunden war Salz gestreut worden und auf seine Wunden um einen Trank Wasser waren ihm Salzhering, Urin und Menschenkot verabreicht worden, welche Dinge er unter Zwang genießen mußte! Hand in Hand mit diesen Untaten gingen regelmäßig Plünderungen und Raub. Den belagerten Dörfern ist meist alle ihre Habe, die sie bei sich führten, abgenommen worden und selbst die schlimmsten aus dem Weltkrieg bekanntgewordenen Plünderungsübungen geben denen nichts nach, welche das Wüten der Polen hervorgerufen hat. Gefährliche Eisenbahnbrücken, niedergebrannte Bahnhöfe, zerstörte öffentliche und private Gebäude bezeichnen den Weg, den die Polen durch Teile des Abstimmungsgebietes nahmen.

Vermag das geschriebene und gesprochene Wort nicht die ganze Burchbarkeit dieses Rußwandes und seiner Folgen auszumalen, so steht im ein noch zuverlässigere und bereichertere Berichtblätter zur